

 **Bundeskanzleramt**

bundeskanzleramt.gv.at

Bundesministerin für Frauen,
Familie, Jugend und Integration

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie,
Jugend und Integration

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.126.587

Wien, am 16. April 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Brückl, MA, Kolleginnen und Kollegen haben am 17. Februar 2021 unter der Nr. **5428/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Befunde zur Situation von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Einleitend darf festgehalten werden, dass die COVID-19-Pandemie uns alle in einem bisher ungeahnten Ausmaß vor neue Herausforderungen gestellt hat. Um die Menschen in Österreich und vulnerable Gruppen zu schützen, die Zahl der Infektionen gering zu halten, und insbesondere eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern, musste im Kampf gegen die globale COVID-19-Pandemie eine Vielzahl von Maßnahmen gesetzt werden. Die daraus resultierende starke Einschränkung der Kontakte zu Gleichaltrigen, zu Familienmitgliedern und Freunden ist für viele Kinder und Jugendliche eine Belastung.

Vor diesem Hintergrund hat sich das Bundeskanzleramt stets dafür eingesetzt, dass etwa Aktivitäten der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit soweit wie möglich aufrechterhalten werden können. Angepasst an das aktuelle Infektionsgeschehen und die

diesbezüglichen Schutzmaßnahmen konnten so auch während des Lock-Downs zusätzlich zu Online Beratungen auch zumindest Angebote in Einzelsettings zur psychischen Entlastung von jungen Menschen und deren Familien angeboten werden. Mit der Aufnahme von außerschulischer Jugenderziehung und Jugendarbeit in der Covid-19-Schutzmaßnahmenverordnung (§ 14) wurde zudem die Möglichkeit eröffnet, entsprechende Angebote für junge Menschen (auch in kleineren Gruppenangeboten) zu setzen, vorausgesetzt die aktuelle Lage lässt dies zu.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4:

1. *Gibt es in Ihrem Ministerium Studien zur Situation von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie?*
2. *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
3. *Wenn nein, warum nicht?*
4. *Wenn nein, ist mit einer solchen Studie aus Ihrem Ministerium noch zu rechnen bzw. bis wann wird diese vorliegen?*

Dem Ressort liegen zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen betreffend die Corona-Krise und dessen Auswirkungen auf Jugendliche vor. Darüber hinaus wurden vom Bundeskanzleramt bisher keine weiteren Studien beauftragt. Auf Basis der wissenschaftlichen Erkenntnisse und im Austausch mit den Expertinnen und Experten der Praxis sowie den Beratungseinrichtungen werden Angebote und Maßnahmen für junge Menschen gesetzt. Das Bundeskanzleramt arbeitet dabei mit den bestehenden Bundesnetzwerken aus dem Bereich der Jugendarbeit (Verbandliche Kinder- und Jugendarbeit, Offene Jugendarbeit, Jugendinformation) zusammen.

Zu den Fragen 5 bis 8:

5. *Gibt es eine Zusammenarbeit zwischen Ihrem Ministerium und anderen Ministerien wie insbesondere das Gesundheits- und das Bildungsministerium, um Kinder und Jugendliche in der Pandemiezeit zu unterstützen?*
6. *Wenn ja, welche Ziele will man erreichen?*
7. *Wenn nein, aus welchem Grund wird dies für nicht notwendig gehalten?*
8. *Welche Maßnahme wurden bislang von Ihrem Ministerium gesetzt, um Kinder und Jugendliche in der schwierigen Pandemiezeit zu unterstützen?*

Eingangs darf festgehalten werden, dass zahlreiche Ressorts Maßnahmen setzen, um Kinder und Jugendliche – nicht nur in der COVID-19 Pandemie - zu unterstützen. Eine Zusammenarbeit findet daher unter anderem über die Koordination der Österreichischen Jugendstrategie statt. Grundlegendes Ziel der Jugendstrategie ist eine verstärkte interministerielle Abstimmung und Zusammenarbeit bei Maßnahmen für junge Menschen. Die bestehenden 28 Jugendziele der Jugendstrategie beinhalten etliche Punkte, wie z.B. psychosoziale Gesundheit, Förderung von Bewegung, Bildung und Beschäftigung, Förderung von Medienkompetenz und digitalen Skills, wie sie zur Bewältigung der Auswirkungen der Pandemie notwendig sind.

Gemäß Beschluss des Ministerrats vom 30. September 2020 werden diese Maßnahmen derzeit umgesetzt. Dazu sollen auch die Erfahrungen junger Menschen mit der Pandemie Berücksichtigung finden. Dies erfolgt unter anderem über „Reality Checks“ in den Bundesministerien, die ebenso gemeinsam weiterentwickelt werden.

Die eigene Taskforce Jugendbeschäftigung ist seit Sommer 2020 unter Einbindung von fünf Ressorts tätig. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, Jugendliche und junge Erwachsene auf dem Arbeitsmarkt zu unterstützen, um so die Folgen der Pandemie bestmöglich abzufedern. So wurden z.B. Workshops implementiert, in welchen die Jugendlichen lernen, wie das Internet in der Berufsorientierungsphase am besten genutzt werden könne. Über die Jugendplattform langten zudem 22.000 Anfragen zum Thema Beruf und Ausbildung ein.

Zahlreiche Angebote und Maßnahmen werden vom Bundeskanzleramt insbesondere zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in der Corona-Krise gefördert:

- Das Bundeskanzleramt stellt Empfehlungen für die Jugendarbeit zur Verfügung. Jugendzentren und mobile Jugendarbeit bzw. die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit sollen damit den Anforderungen der jeweiligen Verordnungen zum Schutz vor Covid-19 entsprechen und damit auch die physische Gesundheit unter anderem der Jugendlichen sicherstellen.
- Digitale Angebote, um Freizeitangebote, Unterstützung beim Home Schooling, etc. weiterhin jungen Menschen zur Verfügung zu stellen. Dazu wurden von den vom Bundeskanzleramt finanzierten Bundesnetzwerken zur Offenen Jugendarbeit und Jugendinformation sowie von der Bundesjugendvertretung entsprechende Online-Schulungen und Informationsangebote bereitgestellt.

- bOJA - Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit hat die Aktivitäten hinsichtlich der Qualifizierung der offenen Jugendarbeit als gesundheitskompetente Jugendarbeit fortgesetzt.
- Mit der Finanzierung des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz und Unterstützung des Bundeskanzleramtes wird derzeit seitens bOJA das Projekt „CORONABUSTERS“ (#zusammendiekurvekriegen) durchgeführt.
- Zahlreiche Maßnahmen zur Elternbildung, wie z.B. der Zurverfügungstellung von Mitteln aus dem Familienlastenausgleichsfonds zur Förderung von Elternbildungs-Veranstaltungen gemeinnütziger Träger oder der Qualitätssicherung in der institutionellen Elternbildung.
- Finanzierung vielfältiger Beratungsangebote, die Eltern, Kinder und Jugendlichen sowie anderen Betreuungspersonen bei emotionalen und psychischen Problemen zur Verfügung stehen, wie z.B. rund 400 geförderte Familienberatungsstellen, Beratungsstelle Extremismus, Beratungsstelle #Gegen Hass im Netz und Bundesstelle für Sektenfragen.
- Plattform gegen die Gewalt in der Familie: Vernetzungsträger sind 45 gemeinnützige Vereine und kirchliche Einrichtungen, die in der Plattform organisiert sind in folgenden fünf Bereichen: Kinder (Kinderschutzzentren), Frauen (Frauenhäuser/-beratungsstellen/-Notrufe), Jugendliche (Beratungsstellen/ Jugendzentren), ältere Menschen (Träger von Heimen), Burschen-/Männerarbeit (Männerberatungsstellen)

Darüber hinaus darf ich auf die Beantwortungen der parlamentarischen Anfragen zu den Nr. 5324/J vom 12. Februar 2021, Nr. 5303/J vom 11. Februar 2021 und Nr. 5255/J vom 5. Februar 2021 verweisen.

MMag. Dr. Susanne Raab

